

Die griechischen Wähler sind die Hoffnung für Europa

Die Wahlen in Griechenland vom 25. Januar eröffnen die Möglichkeit für ein Ende der unmenschlichen Austeritäts-Politik in der EU. Diese Sparpolitik der EU-Regierungen bedroht das Leben von Millionen, sie zerstört die Wirtschaft und ist antidemokratisch.

Eine griechische Regierung, die "Nein" sagt zu der Diktatur der Troika wird im Interesse aller Menschen in Europa mit der Unterstützung der sozialen Bewegungen eine Neuverhandlung der griechischen Schulden durchsetzen und Alternativen zur Senkung der sozialen und kulturellen Ausgaben entwickeln.

Die von Massenmedien ausgelöste Hysterie gegen die mögliche demokratische Entscheidung der Griechinnen und Griechen ist insgesamt gegen die Forderungen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung der Europäischen Union gerichtet. Eine Entscheidung der griechischen Wähler für eine politische Mehrheit, die eine europäische Schuldenkonferenz, anständige Mindestlöhne, Gesundheitsdienstleistungen und die Bereitstellung von Nahrung für alle verlangt, trägt zur Wiederherstellung grundlegender Menschenrechte aller europäischen Bürger bei. Die anhaltende politische Medienkampagne gegen die demokratischen Rechte des griechischen Volkes dient nur den Profitinteressen von Finanzinvestoren und Banken, sowie den internationalen Wirtschaftseliten und ihren politischen Unterstützern in ganz Europa.

Zusammen mit griechischen Bürgern und sozialen Bewegungen in Europa, die sich gegen die Austeritätspolitik stellen, kämpfen wir für Lösungen, die unsere Gesellschaften von der Herrschaft der Finanzmärkte befreien und für eine fortschrittliche Wirtschafts-, Währungs-, Sozial- und Umweltpolitik. Diese Grundsätze sind bereits in unseren 2012 formulierten „Sieben Prinzipien für die Befreiung unserer Gesellschaften von der Dominanz der Finanzmärkte“ enthalten: die Trennung der öffentlichen Finanzen von den Finanzmärkten, die Beseitigung der Sparpolitik, um uns aus der Schuldenfalle zu lösen, sowie die Umsetzung von Maßnahmen zur Entwaffnung der Finanzmärkte, die den Bankensektor unter demokratische Kontrolle stellen; darüber hinaus verlangen diese Prinzipien eine Politik, die den Staatsfinanzen eine nachhaltige Grundlage durch die Erhöhung der Vermögenssteuern und Unternehmensgewinne, durch die Beendigung der Steuerhinterziehung sowie durch die Einführung eines Finanzembargos gegen Steueroasen sichert.

Das Europäische Attac-Netzwerk verurteilt die Hetze gegen den demokratischen Wandel in Griechenland und fordert das griechische Volk auf, standhaft in in seiner Überzeugung zu bleiben, dass demokratischer Wandel möglich ist. Das ist nicht nur in seinem eigenen Interesse, sondern im Interesse der Mehrheit der Menschen in Europa. Es ist an der Zeit, die Demokratie zurückfordern!

Das Europäische Attac-Netzwerk, Dublin, 10. Januar 2015